

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/034(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 26.06.2007	J.-Bremer-Str. 8/10 Beratungsraum Zi. 44/46	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Fortsetzung der Beratung zum Prüfbericht 40/05 - Ausgewählte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Betätigungsprüfung, Stellungnahme Oberbürgermeister - Teil Betätigungsprüfung
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Jahresabschluss 2006 des Städtischen Klinikums Magdeburg
Vorlage: DS0164/07

- 5.2 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten
Magdeburg
Vorlage: DS0266/07
- 5.3 Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des
Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: DS0213/07
- 5.4 Änderung der Rechnungsprüfungsordnung i.V. mit A0053/07
(voraussichtlich nur Einführung in die DS und Beginn der
Aussprache)
Vorlage: DS0225/07
- 6 Anträge
- 7 Informationen
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Regina Frömert

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Klaus Heinemann

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Olaf Meister

Geschäftsführung

Frau Henriette Köhls

Mitglieder des Gremiums

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Stadträtin Claudia Szydzick

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Helga Elschner

Sachkundiger Einwohner Thomas Schacht

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Frömert eröffnet die Sitzung mit anfangs 3 anwesenden Ausschussmitgliedern. Die Beschlussfähigkeit ist im Verlaufe der Beratung gegeben nach dem Eintreffen von Herrn SR Heinemann.

Die Stadträte Frau Szydzick und Herr Ansorge sowie die sachkundigen Einwohner Frau Elschner und Herr Schacht haben sich entschuldigt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Frömert schlägt vor, den Punkt 5.4 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Beschlussfähigkeit nicht gegeben und kein Ausschussmitglied aus der CDU-Fraktion anwesend ist.

Sie empfiehlt, über Bg I / A 30 die Synopse (Anlage II) der DS0225/07 ergänzen zu lassen um den Entwurf zur Rechnungsprüfungsordnung (A0053/07).

Herr Dr. Reichel möchte die Beratung zum Punkt 5.4 trotzdem durchführen.

Herr Schoenberner ist für die Vertagung, wünscht aber, wie empfohlen, die Ergänzungen um A0053/07 in der Synopse.

Stadtrat Herr Heinemann und der sachkundige Einwohner Herr Meister kommen zur Ausschusssitzung - die Beschlussfähigkeit ist mit 4 beschlussfähigen Mitgliedern gegeben.

Vertagung des TOP 5.4?

Beschluss: 3 / 1 / 0

Die Tagesordnung wird mit der Änderung bestätigt.

Der Einbringer der Drucksache (Dez. I, Amt 30) wird benachrichtigt bezüglich der gewünschten Ergänzung.

3. Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift vom 26.04.07 wird genehmigt.

Beschluss: 4 / 0 / 0

4. Fortsetzung der Beratung zum Prüfbericht 40/05 - Ausgewählte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Betätigungsprüfung, Stellungnahme Oberbürgermeister - Teil Betätigungsprüfung

Herr Zimmermann (FB 02) gibt Ergänzungen zur Stellungnahme PB 40/05 - Teil Betätigungsprüfung.

Frau Frömert erwartet eine Stellungnahme, die über die zur üö Prüfung des Landesrechnungshofes hinaus geht und vor allem darüber informiert, wann die Zeitnähe für den Entscheidungsprozess erreicht ist. Sie nimmt Bezug auf die DS0312/05, in der u. a. ausgeführt wird: „Die Organisationshinweise des Rechnungshofes werden zur Kenntnis genommen. Der Gesamtkomplex der zukünftigen Organisations- und Aufgabenstruktur der Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung der Landeshauptstadt Magdeburg befindet sich im weiteren Diskussions- und Entscheidungsprozess und soll zeitnah abgeschlossen werden.“ Die Antworten zu den Prüffeststellungen sind lückenhaft und wenig hilfreich für Handlungsempfehlungen.

Seitens des Ausschusses werden u.a. folgende Themen im Zusammenhang mit der Betätigungsprüfung angesprochen, zu denen sich die Vertreter des FB 02 äußern:

- Abschluss der Tätigkeitsbeschreibungen / Begleitung durch FB 01
- Darstellung in Beteiligungsberichten
- Ausschreibungen / Vergaben
- Darstellung Geschäftsführerbezüge / nicht-öffentliche Info aus Dez. III

Frau Frömert bittet den FBL 02, dem Oberbürgermeister die Umsetzung der Stellungnahme zu PF 2.4 des LRH zur Information des Stadtrates über die Geschäftsführerbezüge städtischer Gesellschaften anzuraten..

Herr Koch geht auf das Vergaberecht ein und informiert, dass in Zusammenarbeit mit Dez. I alle Geschäftsführer bezüglich des Vergaberechtes angeschrieben wurden und die PF als erledigt betrachtet werden kann.

Der Ausschuss nimmt den Teil Betätigungsprüfung **zur Kenntnis**.

Die Beratung zum PB 40/05 und der Stellungnahme des Oberbürgermeisters ist abgeschlossen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Jahresabschluss 2006 des Städtischen Klinikums Magdeburg Vorlage: DS0164/07

Die Betriebsleitern Frau Dr. Neumann vom Städtischen Klinikum Magdeburg und der Wirtschaftsprüfer Herr Beste (WAG) führen mittels einer schriftlichen Zusammenfassung in den Jahresabschluss ein.

Frau Dr. Neumann macht auf eine falsche Formulierung auf der Seite 7 in der Zusammenfassung (Tischvorlage) aufmerksam.

AL 14 und FB 02 (Herr Hartung) haben keine Ergänzungen zum Feststellungsvermerk.

Seitens des Ausschusses werden folgende Problemfelder angesprochen, zu denen sich die Vertreter des Städtischen Klinikums Magdeburg äußern:

- finanziell negative Auswirkung von Mehrleistungen / Rückzahlungen an Krankenkassen
- Ausbildung im Klinikum / Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte
- Planung Personalkosten / TVöD, Marburger Bund
- höhere Betriebskosten / Ausschreibung
- Aufstockung Psychiatrie
- Eigenkapitalquote / Strukturänderung Eigenbetrieb SK MD
- Übernahme bzw. Umsetzung Gerätepool, Großgeräte / Mittel für Erstausrüstung

Dem Beschlussvorschlag der Drucksache wird zugestimmt.

Beschluss: 4 / 0 / 0

5.2. Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten
Magdeburg
Vorlage: DS0266/07

Herr Wilke, EB Zoo MD, bedankt sich für die Terminierung und erklärt die Eiligkeit der Drucksache anhand der Termine zur Übertragung des Vermögens auf die Zoo gGmbH. Er erläutert den Jahresabschluss 2006 und weist auf die Gültigkeit der bestehenden Entgeltordnung bis 31.12.2007 hin.

AL 14 äußert seine Bedenken zur kurzfristigen Einreichung der DS und geht dabei auf den Eilantrag vom 22.06.07 an Amt 13 ein, in welchem bzgl. der Ausreichung der DS falsche Angaben gemacht wurden. In Zukunft sollte eine fristgerechte und rechtzeitige Bereitstellung der Unterlagen erfolgen.

Die Ausschussvorsitzende informiert zu ihrer Abstimmung mit dem Zoo-Geschäftsführer zur DS.

Seitens des Ausschusses werden u.a. zum Jahresabschluss 2006 angesprochen, zu denen sich der Vertreter des Zoo MD äußert:

- Besucherrückgang / Zooschule / Kindergeburtstage im Zoo
- Werbewirksamkeit / Zuspruch umliegende Regionen
- Günstige Eintrittspreise im Vergleich zu anderen Zoo`s

Mit einer Zielgruppenanalyse soll die künftige Programmentwicklung untersetzt werden.

Frau Frömert macht auf den erweiterten Beschlussvorschlag aufmerksam als Folge der gGmbH-Gründung.

Beschluss: 4 / 0 / 0

5.3. Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des
Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: DS0213/07

AL 14 gibt klärende Hinweise zur Zuständigkeit. Der Punkt berührt nicht die Belange des RPA. Die Stellungnahme des OB wird vom Amt 14 nicht kommentiert.

Herr Fahlke (Amt 50) erläutert wesentliche Bemerkungen im Prüfbericht und in der Stellungnahme.

Frau Frömert sieht den RPB nicht so zuständig wie den Gesundheits- u. Sozialausschuss sowie den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten. Sie empfiehlt die Überweisung in diese Ausschüsse.

Herr Dr. Reichel stimmt dem zu.

Änderungsantrag: Überweisung der DS0213/07 in den Gesundheits- und Sozialausschuss und in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten.

Beschluss: 4 / 0 / 0

Herr Fahlke erläutert den Kernpunkt, der die verschiedenen Ansichten von Landesrechnungshof und LHM bzgl. der Unterkunftskosten betrifft. Der LRH kritisiert, dass die Unterkunftskosten über dem Durchschnitt liegen. Dez. V der LHM ist der Meinung, dass diese Kosten nicht zu hoch sind und im Mittelfeld ähnlich großer Kommunen liegen.

Der LRH und Dez. V der LHM sind sich einig, dass eine Regelung über einen Mietspiegel erfolgen muss.

Herr Emmrich verweist auf eine fehlende Rechtsgrundlage und Einzelfallprüfung bei Umzug.

Der Ausschuss äußert sich zu nachstehenden PF, die erläutert werden:

Pkt. 2.2.1

- Wann wird § 9 geändert? - Nicht vor Ende des Jahres.

Pkt. 2.2.4

- Es ist nicht ersichtlich, ob der Empfehlung des LRH beigetreten wird. Dies sollte in der Nachfolge zur Beratung in der Stellungnahme ergänzt werden.

Pkt. 3.1

- Wie soll der Mietspiegel erstellt werden? - Durch den Mietspiegel wird auch keine Kostensenkung erreicht sondern dieser dient nur als Absicherung.
- Hinweis, das in vorherigen Wahlperioden das Erstellen eines Mietspiegels abgelehnt wurde.

Pkt. 3.2.5

- Wie sieht die Schlussfolgerung zur differenzierten Darstellung der Kosten aus? - Hintergrund der PF war nicht die Endabrechnung, sondern die nicht gesplittete Vorauszahlung der Betriebskosten / Heizungskosten in einigen Mietverträgen. - Die Antwort fehlt in der Drucksache.
- Verweis auf Wohngeldzahlung - Die Richtlinie wird geändert, wenn der Beschluss vom Stadtrat da ist.
- Wird bei Anordnung von Umzügen berücksichtigt, dass diejenigen ja wieder Arbeit finden können? - Ja, deshalb war in der Unterkunftsrichtlinie das Ermessen eingestellt. Jede Einzelheit lässt sich nicht regeln.
- Wie viele Mieter wurden zum Verlassen ihrer Wohnung aufgefordert, weil diese zu groß ist? - Es ist keine genaue Zahl angebar, aber viele können es nicht gewesen sein. Die Zuständigkeit liegt bei der ARGE.
- Ist es nicht eine Maßregelung der Bürger, wenn sie aus ihrer Wohnung ausziehen müssen- Zwangauszug? - Die soziale Seite wird berücksichtigt. Deshalb gibt es die 13%-Regelung.

Die Ausschussvorsitzende empfiehlt die Änderung des Beschlussvorschlages:

*„Der Stadtrat **nimmt** gemäß § 44 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 GO LSA die Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Schwerpunkt „Prüfung der Leistungen für Unterkunft und Heizung“ nach § 22 Zweites Sozialgesetzbuch (SGB II) zur Kenntnis.“*

Amt 50 hat Einwände, weil die GO LSA sagt, dass der „Stadtrat beschließt...“

Frau Frömert lässt den Einwand nicht gelten, da in der GO LSA § 44 Abs. 3 nur steht, dass die Entscheidung über ... der Gemeinderat nicht übertragen kann. In welcher Form die Entscheidung getroffen wird, das entscheidet der Stadtrat. Im übrigen hat der OB selbst solche Beschlussvorschläge in den Stadtrat eingebracht.

Beschluss zum Änderungsantrag: 2 / 1 / 1

Beschluss zur Drucksache: 2 / 1 / 1

- 5.4. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung i.V. mit A0053/07
(voraussichtlich nur Einführung in die DS und Beginn der
Aussprache)
Vorlage: DS0225/07
-

Der TOP wird auf die nächste Sitzung vertagt.

6. Anträge

entfällt

7. Informationen

entfällt

8. Verschiedenes

entfällt

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende/r

Henriette Köhls
Schriftführer/in